

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

29. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schmidt (Wetter) (SPD)

Stenograf: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gewerbeaufsicht in eine Hand

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/5581

zur Mitberatung

Vorlagen 11/2214, 11/2262 und 11/2298

Zuschriften 11/2817 und 11/2875

1

Nach abschließender kurzer Beratung billigt der Ausschuß den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5581 mit den Stimmen von SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN.

Ziffer 1 des Antrags wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN abgelehnt.

Ziffer 2 des Antrags wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

2 Erstes Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform (1. VwStrukturRG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5941

4

In einer ersten Beratungsrunde kommt der Ausschuß noch zu keinen Ergebnissen.

3 Aufbau der Landesverwaltung

**hier: Beratung des vorliegenden Konzepts der
Bündelungsbehörde als staatliche Mittelinstanz**

**Beratung des Regionalkreismodells als höherer
Kommunalverband zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben**

Vorlage 11/2328
Zuschrift 11/2749
Information 11/523

9

Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
7. Sitzung

29.09.1993
es-mj

Seite

4 Verschiedenes

15

4.1 Länderumfrage

4.2 Projektgruppe

Siehe Diskussionsprotokoll.

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) ist im Gegensatz zum Abgeordneten Paus der Auffassung, daß die nach der Trennung entstehenden Ämter für Arbeitsschutz noch unbedeutender würden; sie befürchte, daß das Beharrungsvermögen nicht vorhanden sei.

LMR Dr. Fischbach (MAGS) stellt klar, die Felder, die auf die Berufsgenossenschaften übergehen könnten, habe man im Ministerium bereits abgesteckt. Dies betreffe einmal den Bereich der Unfalluntersuchung und zum anderen den Bereich der Berufskrankheitenverordnung. Dabei gehe es nur noch um die Klärung von Detailfragen.

Er betont, aufgrund des Interessenkonflikts und auch vor dem Hintergrund der Überlegungen in der Europäischen Gemeinschaft kämen für die Landesregierung die Berufsgenossenschaften als beliebige Unternehmer für die Gewerbeaufsicht nicht in Frage; denn neben dem innerbetrieblichen Arbeitsschutz benötige man die staatliche Kontrollfunktion.

Zum Abstimmungsergebnis siehe Beschlußteil.

2 Erstes Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform (1. VwStrukturRG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5941

Einleitend benennt der **Vorsitzende** die drei Schwerpunkte dieses Gesetzentwurfs:

1. Umsetzung des Konzepts "Umweltverwaltung 2000";
2. Umsetzung der Reorganisation der staatlichen Bauverwaltung;
3. Sächliche Behördenbezeichnungen für die Ministerien und Bezirkspräsidenten.

Des weiteren verweist er auf die bisherigen Beratungen zur "Umweltverwaltung 2000" in den Sitzungen am 16. Juni 1993 - APr 11/922 - und am 1. September 1993 - APr 11/955 -.

StS Riotte (IM) beschreibt die Neuorganisation des grünen Umweltschutzes. Seine Ausführungen decken sich im wesentlichen mit der Einbringungsrede des Ministers in der 105. Plenarsitzung am 16. September 1993 (siehe Plenarprotokoll 11/105, Seite 13238 A).

Zu den im Gesetzentwurf Drucksache 11/5941 unter Punkt D genannten Kosten äußert sich **LMR Fischer (MURL)**: Den darin aufgeführten Ausbaukosten in Höhe von 50 Millionen DM steht ein Einsparpotential von 26 bis 28 Millionen DM für das nicht mehr benötigte Laborgebäude L 3 für das LWA gegenüber.

In Düsseldorf würden nur noch die beiden Laborgebäude benötigt; das Verwaltungsgebäude könne veräußert werden - nach den Herstellungskosten 1980 beliefen sich die Erlöse hier auf 20 bis 30 Millionen DM.

Durch die Konzentration im Staatlichen Umweltamt würden in Düsseldorf weitere Liegenschaften frei, für die mit einem Erlös von etwa 5 Millionen DM gerechnet werden könne. Ferner würden die Mietverträge für das Bodenschutzzentrum und der Abteilung III der LÖLF gekündigt; dies mache eine jährliche Einsparung von 320 000 DM aus.

Die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, ob nach dem Finanzplanungszeitraum bis 1997 die bis dahin anfallenden Kosten für Trennungsschädigung, Fahrtkostenersatz und Umzugskosten in Höhe von circa 20 Millionen DM stark reduziert würden, bejaht **LMR Fischer (MURL)**.

Abgeordneter Paus (CDU) bezieht sich auf eine Information eines Kollegen seiner Fraktion, wonach in Recklinghausen ein fast fertiggestelltes Gebäude unbenutzt dastehe. - **LMR Fischer (MURL)** entgegnet, ein Teil der Räume würde für die Führungseinheit des Landesamtes für Agrarordnung benötigt. Darüber, ob ein Teil des Laborgebäudes das Landesumweltamt für Labortätigkeiten nutzen solle, werde zur Zeit noch beraten. - Demnach würde, schlußfolgert **Abgeordneter Paus (CDU)**, wenn das Landesamt für Agrarordnung nicht geschaffen, sondern in der Mittelinstanz angesiedelt würde, das Gebäude verzichtbar sein. - Das will **LMR Fischer (MURL)** nicht bestätigen, da die Abteilung III der jetzigen LÖLF in dem Gebäude untergebracht werden müßte. Ihre Aufgaben seien nicht auf die Bezirksregierungen übertragbar.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
7. Sitzung

29.09.1993
es-mj

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) fragt, ob es eine Aufstellung über die Fahrtkosten, die durch längere Wege zwischen den Behörden im Rahmen der Zusammenarbeit entstünden, gebe. Ferner fielen Mehrwege dadurch an, daß die Umweltämter soweit weg von den zu überwachenden Betrieben geplant würden. In dem Zusammenhang äußert sie die Befürchtung, daß die Überwachung darunter leiden könnte.

Desweiteren zeigt sie sich vermundert darüber, daß man sich mit dem Argument, einen Standort zu schaffen, rühme, dann jedoch zusätzliche Laborräume in Recklinghausen nutzen wolle.

LMR Fischer (MURL) entgegnet, da in Essen noch nicht gebaut sei, aber durch die Zusammenfassung der Abteilung III der LÖLF mit dem Landesumweltamt Laborkapazitäten zusätzlich benötigt würden, ließe sich dieser Bereich in Recklinghausen unterbringen.

Die Frage nach den verlängerten Wege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantwortet er dahin gehend, daß der Fall eintreten könne, daß weitere Wege zurückzulegen seien. Dazu lägen jedoch noch keine Berechnungen vor. Um diese anzustellen, müßten die Standorte Industrieunternehmen und Behörden im Bezug zueinander besetzt werden. Dies werde man prüfen und dann darüber Auskunft erteilen.

Dem Einwand der **Abgeordneten Dr. Grüber (GRÜNE)**, daß die örtliche Trennung doch das Gegenteil von Effizienz bedeute, begegnet **LMR Fischer (MURL)** mit dem Hinweis, daß man sich in einem Übergangsstadium befinde und sich nur die vorgetragene Lösung anbiete.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) betrachtet die Entscheidung, den grünen Umweltschutz sozusagen als Sonderbehörde selbständig zu belassen, ebenfalls als ein Übergangsstadium. Während zum Tagesordnungspunkt 3 - Aufbau der Landesverwaltung - das Bekenntnis der SPD-Fraktion für die Bündelungsbehörde Bezirksregierung ausfalle, werde dagegen der grüne Umweltschutz in die Bündelungsbehörde Bezirksregierung - noch - nicht einbezogen. Er bittet um eine Begründung.

StS Riotte (IM) meint, man könne nicht sagen, daß der grüne Umweltschutz so erhalten bleibe, wie er bisher gegliedert sei; denn auf der Ebene der obersten Landesbehörden würde zusammengefaßt. Dagegen blieben die Ämter für Agrarordnung, die

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
7. Sitzung

29.09.1993
es-mj

jedoch im Laufe der nächsten Jahre auf einen Bruchteil des heutigen Bestandes schrumpfen würden, weil letztlich aus steuerrechtlichen und landwirtschaftlichen Gründen eine Reihe von Aufgaben an die Direktoren der Landwirtschaftskammern übergegangen seien, erhalten.

Die vom Abgeordneten Dr. Rohde aufgeworfene Frage berühre nur noch die Flurberreinigung. Diesbezüglich habe sich die Landesregierung dem Argument gebeugt, daß die Ämter für Agrarordnung - anders als die Bezirksregierung - eine Treuhänderfunktion hätten; denn unter Umständen könnte die Bezirksregierung "auf der anderen Seite" stehen. Insofern wolle man die Ämter für Agrarordnung zwar schrumpfen, aber als selbständige, unmittelbar dem Landesamt für Agrarordnung unterstellte Verwaltung bestehen lassen.

Abgeordneter Paus (CDU) erklärt, das vom Abgeordneten Dr. Rohde richtigerweise angesprochene Thema "Sonderverwaltung - ja oder nein" betrifft die Frage der Zuordnung der Ämter für Agrarordnung zu einem Landesamt oder zu der Bündelungsbehörde. Sonderbehörden sollten jedoch nur in wirklichen Ausnahmefällen existieren; hier werde nun die Regel zur Ausnahme erhoben, was nach Aussage von Dr. Koetz von der Unternehmensberatung Kienbaum einen erheblichen Mehraufwand an zusätzlichen Stellen nach sich zöge. Insofern begrüße er die Hinzuziehung von Sachverständigen, bevor der Ausschuß sein endgültiges Votum abgebe.

StS Riotte (IM) betont, lediglich organisatorische Änderungen im Bereich des technischen Umweltschutzes bedürften einer Änderung im LOG - siehe Drucksache 11/5941, A 2.1 - nicht jedoch die Veränderungen beim grünen Umweltschutz - siehe Drucksache 11/5941 A 2.5 -, die Folge der Schrumpfung auf dem Personalsektor seien.

Abgeordneter Paus (CDU) wirft ein, in dem Gesetzentwurf werde ein Konzept festgeschrieben, hinsichtlich dessen es unbenommen sei, einen Ergänzungsantrag zu stellen. - **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** fügt hinzu, wenn die Landesregierung nein zu einer grundlegenden Änderung sage, der Ausschuß aber dafür sei, den grünen Umweltschutz in die Bündelungsbehörde zu integrieren, bedürfe dies eben einer Änderung des LOG. Insofern sei dies Gegenstand der Beratungen und insofern müsse auch ein Hearing zugelassen werden.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
7. Sitzung

29.09.1993
es-mj

StS Riotte (IM) sieht die Änderungen im LOG hinsichtlich des technischen Umweltschutzes durch die Veränderungen die beim grünen Umweltschutz nicht berührt. Daher frage er sich, ob die von den Abgeordneten Dr. Rohde und Paus geäußerten Ansichten nicht in den Tagesordnungspunkt 3 - Aufbau der Landesregierung - oder in ein zweites Verwaltungsstrukturreformgesetz hinein gehörten.

Abgeordneter Frechen (SPD) bemerkt, wer den grünen Umweltschutz der Bezirksregierung zuordnen wolle, was zur Folge hätte, daß auch in diesem Punkt das LOG geändert werden müsse, müsse einen dementsprechenden Antrag stellen. Er habe dann nichts gegen eine Anhörung oder gegen ein Sachverständigengespräch.

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) sieht durch den Gesetzentwurf ein Signal, das im Bereich des grünen Umweltschutzes praktisch die Struktur wie bisher festgeschrieben werde. Insofern gehöre dieser mit in die Diskussion. - Sie begrüßt ebenfalls eine Anhörung, die öffentlich sein sollte.

Nach den Worten des **Vorsitzenden** sollte sich der Ausschuß darüber klar sein, daß nunmehr der Gesetzentwurf der Landesregierung auf dem Tisch liege und zunächst beraten werde. Wenn Fraktionen andere Schwerpunkte setzen und sich vorbehalten würden, Änderungsanträge zu stellen, entstünde eine neue Situation.

Abgeordneter Frechen (SPD) meint, ein solcher Änderungsantrag sollte möglichst bald kommen. - **StS Riotte (IM)** erklärt, daß in Aussicht genommene Datum 1.1.1994 sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die kw-Vermerke würden unabhängig von dem, was hier beraten werde, aufgrund von Haushaltsregelungen wirksam werden. Insofern sollte aus seiner Sicht versucht werden, bis zu dem Datum auch die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen.

Er rege an, die Frage des grünen Umweltschutzes parallel zum Gesetzentwurf zu behandeln. Dies könne beispielsweise durch die Einbringung eines Gesetzentwurfs einer Oppositionsfraktion geschehen, der dann isoliert vom Ersten Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform beraten werden könnte.

Abgeordneter Frechen (SPD) sieht das als einen für ihn gangbaren Weg an. - Dem gegenüber hält **Abgeordneter Paus (CDU)** das Datum 1.1.1994 nicht für zwingend,

da die mit kw-Vermerken versehenen Stellen auch im jetzigen System zu erwirtschaften seien. Er plädiert abermals für eine rasche Anhörung. Über Einzelheiten sollten sich die Sprecher am Rande des Plenums verständigen. - Dem Vorschlag folgt der Ausschuß.

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) weist darauf hin, daß die geplante geschlechts-gerechte Fassung im Entwurf noch nicht konsequent angewandt worden sei, und nennt Beispiele.

Schließlich fragt **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** nach, warum die Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadensverhütung nicht als ein selbständiges Institut vorgesehen sei. - **LMR Fischer (MURL)** begründet die vorgesehene Eingliederung in die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten mit der Zweckmäßigkeit der Zusammenarbeit im grünen Umweltbereich. Dies betreffe die Landesanstalt für Fischerei und die Landesanstalt für Forstwirtschaft ebenso die Forschungsstelle. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit der LÖBF sei wie ihrer Vorgängerin LÖLF in keiner Weise gefährdet.

3 Aufbau der Landesverwaltung

hier: Beratung des vorliegenden Konzepts der Bündelungsbehörde als staatliche Mittelinstanz

Beratung des Regionalkreismodells als höherer Kommunalverband zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben

Vorlage 11/2328
Zuschrift 11/2749
Information 11/523

Der **Vorsitzende** stellt das Thema der staatlichen Mittelinstanz in Zusammenhang mit dem Ersten Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform. Vor der Verabschiedung dieses Gesetzes sollte der Ausschuß zu einem Standpunkt hinsichtlich des Verhältnisses von

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

Berichtigung

zum Ausschußprotokoll 11/991

7. Sitzung (nicht öffentlich)

29. September 1993

1. Zum Tagesordnungspunkt 1

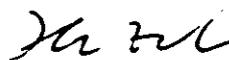
Gewerbeaufsicht in eine Hand

muß der Beschluß auf Seite I des Beschlußprotokolls wie folgt lauten:

Nach abschließender kurzer **Beratung lehnt** der Ausschuß den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5581 mit den Stimmen von SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der GRÜNEN **ab**.

2. Auf Seite 15 muß es unter **Punkt 4.2** richtig heißen:

Die **Obleute** wollen sich am Rande des Plenums mit der geplanten Projektgruppe, die die Zuarbeit für diesen Ausschuß leisten soll, befassen; dazu liegt ein Vorschlag des Vorsitzenden vor.



- Ministerialrat/Ref. 1.2 -